

Disinflation trotz Mehrwertsteuererhöhung 1998

Trotz verschiedener Angebotsschocks, die tendenziell einen Preisniveauschub erzeugen, war der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung in der Bundesrepublik 1997 niedrig und blieb mit 1,8 vH im mittleren Bereich der von der Bundesbank anvisierten Inflationsspanne. In diesem Jahr wird sich der Anstieg des Preisniveaus trotz der Mehrwertsteuererhöhung nicht beschleunigen, sondern verlangsamen. Ausschlaggebend sind die erneut sinkenden Lohnstückkosten infolge eines Zurückbleibens der Lohnentwicklung hinter dem Produktivitätszuwachs. Der daraus resultierende Anstieg der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist stärker, als durch die Inflationsdifferenz gegenüber dem Ausland angezeigt ist, weil die Mehrwertsteuer, die sich 1998 mit etwa 0,3 Prozentpunkten auf den Preisniveaustieg niederschlägt, nicht auf Exportgüter, wohl aber auf Importgüter erhoben wird. Trotz der Abschwächung des Preisniveaustiegs, einer Disinflation, besteht bei unveränderter Wechselkursentwicklung angesichts der gefestigten Konjunktur im gesamten künftigen Euroraum derzeit kein geldpolitischer Handlungsbedarf.

In den neuen Ländern wurde der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltungskosten 1997 stärker von den Sonderfaktoren beeinflusst, die auch die westdeutsche Entwicklung prägten. Insbesondere der Anstieg der administrierten Preise bewirkte, daß das Preisniveau hier mit 2,1 vH deutlich kräftiger stieg. In diesem Jahr ist eine weitere Angleichung der Preisniveaumentwicklung zu erwarten. Da die Mehrwertsteuererhöhung in Ostdeutschland etwas stärker zu Buche schlägt, wird der Anstieg des Preisindex für die Lebenshaltung jedoch leicht über der westdeutschen Rate liegen.

Inflationsprognose als Zwischenziel der Geldpolitik

Für die wirtschaftliche Entwicklung ist nicht nur das Niveau, sondern auch die Stabilität der Inflationsrate von Bedeutung. Aus diesem Grunde setzen sich die meisten Zentralbanken in den entwickelten Industrieländern – darunter auch die Bundesbank – implizit oder explizit ein Inflationsziel, an dem sie den Einsatz ihres geldpolitischen Instrumentariums, insbesondere die für das Bankensystem geltenden kurzfristigen Refinanzierungssätze, ausrichten.¹¹ In

¹¹ Eine ausführliche Diskussion einer geldpolitischen Strategie mit Inflationsziel (inflation targeting) liefern BERNANKE, B.

Anbetracht der zeitlichen Wirkungsverzögerung der Geldpolitik ist es dabei zweckmäßig, ein Zwischenziel zu formulieren, das in einem stabilen Zusammenhang zu dem eigentlichen Ziel – der angestrebten Inflationsrate – steht. Die Bundesbank hat in den vergangenen 23 Jahren stets die Entwicklung des Geldmengenaggregats M3 als Zwischenziel verwendet und angekündigt. Ist jedoch eine kurzfristige Stabilität zwischen der Geldmenge und der Inflationsrate nicht gegeben, ist dieses Zwischenziel untauglich. Ein stabiler kurzfristiger Zusammenhang ist für die Europäische Währungsunion, insbesondere in ihrer Anfangsphase, nicht zu erwarten. Als alternatives Zwischenziel der Geldpolitik bietet sich daher eine umfassende Inflationsprognose an.¹²

Bereits heute sind die Inflationstendenzen in der gesamten, höchstwahrscheinlich 11 Nationen umfassenden Europäischen Währungsunion für die Geldpolitik entscheidend. Aus zwei Gründen wird aber auch nach Beginn der EWU ein Bedarf für nationale Inflationsprognosen bestehen. Erstens besteht aus nationaler Sicht ein Interesse an einer Inflationsprognose, da zwei Makropolitikbereiche weiterhin in nationaler Verantwortung sein werden: die Fiskal- und die Lohnpolitik. Ein stabilitätsgerechtes Verhalten beider Politikbereiche erfordert eine nationalspezifische Analyse und Prognose des Preisniveaustiegs, sofern Konjunkturzyklen divergieren und asymmetrische Angebots- oder Nachfrageschocks auftreten. Zweitens sind die regionalen Determinanten der Inflationsentwicklung auch für die Geldpolitik der Europäischen Zentral-

S.; MISHKIN, F. S. (1997): Inflation Targeting: A New Framework for Monetary Policy? NBER Working Paper No. 5893. – Vgl. auch FISCHER, S. (1996): Why Are Central Banks Pursuing Long-Run Price Stability? in: Achieving Price Stability. Symposium Proceedings 1996, Federal Reserve Bank of Kansas City, S. 7-34, und CECCHETTI, S. G. (1997): Central Bank Policy Rules: Conceptual Issues and Practical. NBER Working Paper No. 6306.

¹² Vgl. ISSING, O. (1998): The problem of credibility of the European Central Bank. Vortrag. Chicago, 4. Januar 1998. – Siehe auch BERNANKE, B. S.; WOODFORD, M. (1997): Inflation Forecasts and Monetary Policy. NBER Working Paper No. 6157, und SVENSSON, L. E. O. (1996): Inflation Forecast Targeting: Implementating and Monitoring Inflation Targets. NBER Working Paper No. 5797. Die Inflationserwartungen der privaten Marktteilnehmer, die sich beispielsweise im Kapitalmarktzins widerspiegeln oder in Umfragen erhoben werden können, sind nicht als Zwischenziel geeignet, da sie mit zunehmender Glaubwürdigkeit eines gegebenen Inflationsziels an Informationsgehalt verlieren.

bank von Bedeutung, da sie so Sonderentwicklungen, wie beispielsweise regional differierende Änderungen indirekter Steuern, identifizieren und berücksichtigen bzw. vernachlässigen kann.

Bei der Entwicklung einer Inflationsprognose für Deutschland 1998 ist es hilfreich, zunächst die einzelnen Bestimmungsfaktoren des Preisauftriebs im Jahre 1997 zu analysieren. Sonderfaktoren, die in diesem Jahr nicht mehr wirksam werden, können so isoliert werden und es kann eine Aussage über die „Kerninflation“ getroffen werden.¹³ Die künftige Entwicklung der Kerninflation kann sodann anhand verschiedener monetärer und realer Indikatoren abgeschätzt werden, wobei sowohl angebotsseitige als auch nachfrageseitige Bestimmungsfaktoren in die Analyse einfließen.

Inflation 1997: stark gegenläufige Einflüsse

Im Jahre 1997 lag der Anstieg der Preise für die Lebenshaltung in Westdeutschland trotz verschiedener negativer Angebotschocks bei knapp 1,8 vH und damit im mittleren Bereich der mit einer Spanne zwischen 1,5 vH und 2 vH angestrebten Inflationsrate der Bundesbank.^{14,15} Zu den negativen Angebotschocks zählten die Anhebung der Renten-

und Krankenversicherungsbeiträge um 1,1 bzw. 0,4 Prozentpunkte, ein Anstieg der Einfuhrpreise um 3,2 vH, die Erhöhung diverser administrierter Preise (insbesondere Rundfunk- und Fernsehgebühren, Rezeptgebühren, Mieten im sozialen Wohnungsbau, Gebühren kultureller Einrichtungen und Bildungseinrichtungen)¹⁶ um insgesamt 3,6 vH und ein Anstieg der Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau um 2,5 vH. Dabei schlugen sich diese Schocks zum Teil direkt im Preisindex der Lebenshaltung nieder und zum Teil indirekt über den Anstieg der inländischen Produktionskosten und damit des Erzeugerpreisindex.

Direkt auf den Preisindex der Lebenshaltung wirkte der Anstieg der Wohnungsmieten (einschließlich des sozialen Wohnungsbaus) um 2,6 vH. Bei einem Anteil der gesamten Wohnungsmieten am Warenkorb von gut 19 vH ergab sich eine Erhöhung des Preisindex der Lebenshaltung von knapp 0,55 Prozentpunkten (vgl. Abbildung 1). Die administrierten Preise trugen mit insgesamt 0,6 Prozentpunkten zum Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung im Vorjahresvergleich bei. Auf den sozialen Wohnungsbau entfielen dabei 0,1 Prozentpunkte. Die Zuzahlungen zu Rezeptgebühren schlugen mit einer Erhöhung um 64 vH am stärksten zu Buche. Für sich genommen bewirkte die Erhöhung

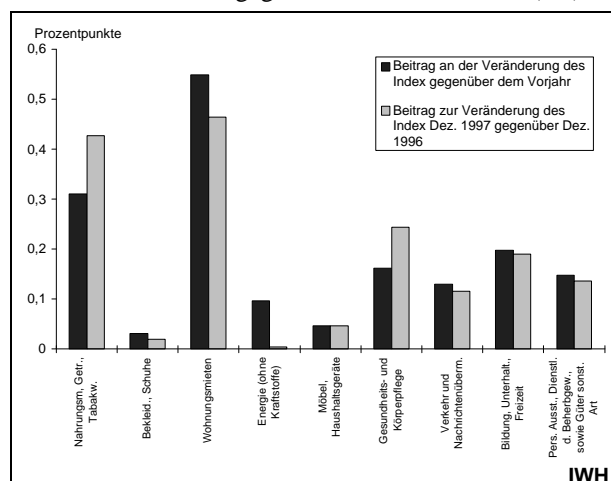
¹³ Vgl. QUAH, D.; VAHEY, S. P. (1995): Measuring core inflation. The Economic Journal. Royal Economic Society; 105 (1995), 432, S. 1130-1144. – ROGER, S. (1995): Measures of Underlying Inflation in New Zealand, 1981-95. Discussion Paper Series G95/5. Reserve Bank of New Zealand.

¹⁴ Sämtliche Berechnungen erfolgen auf der Basis von Daten des Statistischen Bundesamts. Im Falle von saisonbereinigten Zahlen wurde auf Daten der Bundesbank zurückgegriffen, die sich ebenfalls auf die Datenbasis des Statistischen Bundesamts stützen. Siehe Statistisches Bundesamt. Preise. Fachserie 17. 1997. Reihe 2: Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte, Reihe 7: Preisindizes für die Lebenshaltung, Reihe 8: Preisindizes für die Ein- und Ausfuhr, sowie Deutsche Bundesbank: Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht, diverse Ausgaben.

¹⁵ Als Angebotsschock werden kosteninduzierte Veränderungen der relativen Preise bezeichnet, die sich infolge von Nominallohn- oder Preisrigiditäten in einer Veränderung des Preisniveaus niederschlagen können. Siehe BALL, L.; MANKIW, G. N. (1995): Relative-price changes as aggregate supply shocks. The Quarterly Journal of Economics, 110 (1995), S. 161-193. – SHAPIRO, M. D. (1994): Supply shocks in macroeconomics. The New Palgrave Dictionary of Money and Finance. Ed. by Newman, P., Milgate, M. and Eatwell, J., Macmillan. London, S. 611-615. Eine monetäre Akkommodierung eines negativen Angebotsschocks rechtfertigt unter anderem TAYLOR, J. B. (1996): How Should Monetary Policy Respond to Shocks While Maintaining Long-Run Price Stability? – Conceptual Issues, in: Achieving Price Stability. Symposium Proceedings 1996, Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole. Wyoming, S. 181-195.

Abbildung 1:
Beiträge einzelner Gütergruppen zum Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung (früheres Bundesgebiet)

- Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt und Dezember 1997 gegenüber Dezember 1996 (vH) -



Quelle: Statistische Bundesamt; Berechnungen des IWH.

¹⁶ Zur Abgrenzung der staatlich beeinflussten, sogenannten administrierten Preise siehe STATISTISCHES BUNDES-

der Rezeptgebühren einen Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung von 0,12 Prozentpunkten und trug maßgeblich zu dem kräftigen Preisanstieg der Güter für Gesundheit und Körperpflege bei (vgl. Abbildung 1). Im Vormonatsvergleich belief sich der so bewirkte Preisniveauschub im August sogar auf 0,2 vH (vgl. Abbildung 2). Aber auch der Anstieg der Rundfunk- und Fernsehgebühren, der Gebühren von Kultur- und Bildungseinrichtungen (Gütergruppe Bildung, Freizeit, Unterhaltung) sowie die veränderte Regelung der Kraftfahrzeugsteuer und die Erhöhung sonstiger Gebühren (Gütergruppe Persönliche Ausstattung u.a.) trugen deutlich zum Anstieg der Lebenshaltungspreise bei.

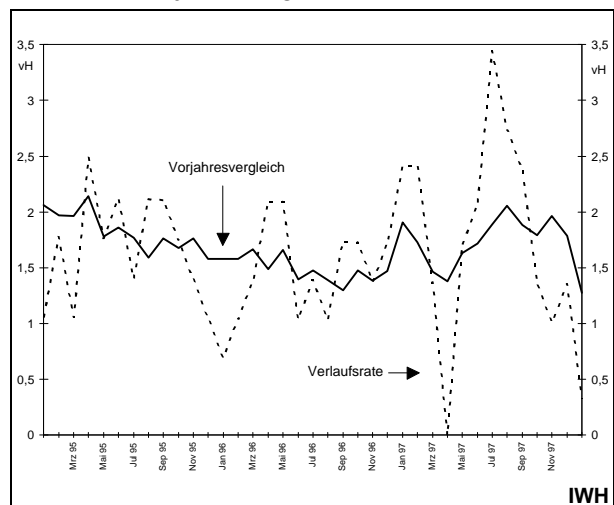
Ebenfalls überdurchschnittlich kräftig entwickelten sich die Preise landwirtschaftlicher Produkte, die infolge ungünstiger Witterungsbedingungen und erhöhter Einfuhrpreise entscheidend dafür waren, daß die Gütergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren den Preisindex um gut 0,3 Prozentpunkte erhöhte.

Die Einfuhrpreise schlugen sich nicht nur direkt über die Preise importierter Verbrauchsgüter, sondern auch indirekt über importierte Vorprodukte und eine dadurch bewirkte Erhöhung der inländischen Produktionskosten auf die Lebenshaltungspreise nieder. Der Anstieg der Einfuhrpreise speiste sich aus zwei Quellen. Erstens wertete die D-Mark gegenüber den Währungen der 18 führenden Industrieländer im Jahresdurchschnitt um 5 vH ab, so daß sich die D-Mark-Preise importierter Güter und Dienstleistungen erhöhten.¹⁷ Zweitens stiegen die internationalen Rohstoffpreise im Jahresdurchschnitt um gut 13 vH und trugen über einen Anstieg der Produktionskosten sowie direkt, beispielsweise

AMT (1997): Preise. Preisindizes für die Lebenshaltung. Fachserie 17, Reihe 7, S. 11.

¹⁷ Dabei hängen die Wirkungen von Wechselkursänderungen auf die Einfuhrpreise entscheidend von den Kosten- und Wettbewerbsverhältnissen auf den jeweiligen Märkten ab. Bei einem vollständigen *Pass-through* schlägt sich eine Abwertung der D-Mark bei gegebenen in- und ausländischen Kostenniveaus in einer entsprechenden Erhöhung der Preise importierter Güter nieder. Das andere Extrem, ein *Pricing-to-Market*, läßt die Absatzpreise unverändert, so daß sich eine Wechselkursänderung nur auf die Erlösspanne der Importeure auswirkt, die ein Interesse an der Verteidigung ihrer Marktanteile haben. Die deutschen Einfuhrpreise reagieren relativ stark auf eine Änderung des Wechselkurses. DEUTSCHE BUNDESBANK (1997): Wechselkurs und Außenhandel. Monatsbericht, Januar 1997, S. 43 ff. – Vgl. auch KRUGMAN, P. R. (1986): Pricing to market when the exchange rate changes. NBER Working Paper No. 1926.

Abbildung 2:
Monatliche Veränderung des Preisindex der Lebenshaltung: Verlaufsrate (saisonbereinigte Jahresrate)^a und Vorjahresvergleich^b (Deutschland)



^a Veränderung in den jeweils letzten 3 Monaten auf Jahresrate (vH) umgerechnet. – ^b Veränderung gegenüber Vorjahresmonat (vH).
Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

im Falle von Heizöl und Benzin, zum Anstieg des Preisniveaus bei.

Senkend auf die Erzeugerpreise und damit indirekt auf die Preise der Lebenshaltung wirkten insbesondere die Löhne und Gehälter, die im früheren Bundesgebiet um 2,4 Prozentpunkte hinter dem Anstieg der Produktivität zurückblieben. Anders als die Löhne und Gehälter im engeren Sinne wirkten die staatlich beeinflussten Lohnnebenkosten kostenerhöhend. Der Anstieg der Beitragssätze der Renten- und Krankenversicherungen um 1,1 Prozentpunkte bzw. 0,4 Prozentpunkte erhöhte die Arbeitgeberbeiträge um reichlich 3 vH. Faßt man die Entwicklung der Löhne und Gehälter und der Lohnnebenkosten zusammen, so ergab sich dennoch ein Rückgang der Lohnstückkosten um 1,6 vH. Dieser Rückgang der Lohnstückkosten kam am deutlichsten in den Preisen langlebiger, hochwertiger Gebrauchsgüter zum Ausdruck, die im Beobachtungszeitraum leicht sanken.

Insgesamt dürfte der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung die Kerninflationsrate 1997 in Westdeutschland infolge von Sonderfaktoren um mehrere Zehntel Prozentpunkte überzeichnet haben.

Leichte Disinflation im Jahre 1998

Im Jahre 1998 dürfte es im Vorjahresvergleich zu einer leichten Abschwächung des Preisniveaustiegs gemessen an dem Preisindex der Lebenshaltung kommen. Dabei werden die vom Statistischen

Bundesamt veröffentlichten Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahresmonat deutliche Schwankungen aufweisen, die auf das Auslaufen von Basiseffekten einerseits und die Einführung der Mehrwertsteuer andererseits zurückzuführen sein werden.

Die Lohnstückkosten werden 1998 weniger stark fallen als im Vorjahr, würden aber für sich genommen dennoch ein Sinken des Preisniveaus begründen.

Die Einfuhrpreise dürften im *Verlauf* dieses Jahres bedeutend langsamer ansteigen als 1997. Maßgeblich hierfür werden der sich kaum verändernde Außenwert der D-Mark, relativ stabile Rohstoffnotierungen und ein geringer Anstieg der nationalen Inflationsraten in den Haupthandelspartnerländern sein. Im Jahresverlauf 1998 geht das IWH von einem nahezu unveränderten Außenwert der D-Mark aus, wobei eher mit einem leichten Anstieg, d.h. einer Aufwertung der D-Mark, gerechnet wird. Es wird kein bedeutender Anstieg der in den letzten Monaten stark gesunkenen Rohstoffpreise erwartet. Insbesondere dürfte der Ölpreis weitgehend stabil bleiben und angesichts der Nachfrageabschwächung infolge der wirtschaftlichen Krise in Südostasien bei gleichzeitig erhöhtem Angebot die Verluste der letzten Monate bestenfalls wettmachen.

Im *Vorjahresvergleich* kommt es demgegenüber zu einer leichten Verringerung des Außenwerts der D-Mark um etwa 0,5 vH. Da die D-Mark vorwiegend im ersten Halbjahr 1997 abwertete, wirkt sich diese Verringerung des Außenwerts im Vorjahresvergleich in erster Linie im ersten Halbjahr preistreibend aus. Ein ähnlicher statistischer Basiseffekt tritt bei den Preisen für Roh- und Kraftstoffe auf. Auch diese stiegen maßgeblich in den ersten acht Monaten des Jahres, weshalb es 1998 bei der üblichen Vorjahresmonatsbetrachtung zunächst zu einer Überzeichnung der laufenden Inflationsrate kommt, die im späteren Verlauf des Jahres entfällt. Im August läuft zudem der statistische Einfluß der Erhöhung der Rezeptgebühren und der Kraftfahrzeugsteuer aus (vgl. Abbildung 2). Der zu erwartende sprunghafte Anstieg des Preisniveaus infolge der Mehrwertsteuererhöhung dürfte sich daher spätestens in zweiten Halbjahr 1998 zurückbilden. Für sich genommen wird die Mehrwertsteuererhöhung allerdings im April einen deutlichen Preisniveauschub von gut 0,4 vH gegenüber dem Vormonat erzeugen.¹⁸ Angesichts der derzeit rückläufigen Er-

zeugerpreise – saisonbereinigt um 0,3 vH im Januar gegenüber dem Vormonat – und eines nur knapp über 1 vH liegenden Anstiegs der Lebenshaltungspreise im Vorjahresvergleich dürfte der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung selbst im April im Vorjahresvergleich deutlich unter 2 vH liegen und in den folgenden Monaten, wie beschrieben, auf knapp 1,5 vH sinken.

Sofern die administrierten Preise nicht überdurchschnittlich stark angehoben werden, dürfte der Gesamteffekt staatlich bewirkter Preissteigerungen in diesem Jahr geringer ausfallen als die kombinierte Wirkung der gestiegenen Lohnnebenkosten und der administrierten Preise im Jahre 1997. Dabei ist eine Erhöhung der Abgaben, insbesondere der Lohnnebenkosten, nicht zu erwarten.

Auch die bedeutendsten vorlaufenden Indikatoren der aggregierten Gesamtnachfrage – die verschiedenen Geldmengenaggregate und das Kreditvolumen – deuten auf keine nachfrageseitig induzierte Inflationsbeschleunigung hin. Das Wachstum der Geldmenge M3 lag 1997 etwa in der Mitte des von der Bundesbank angestrebten Zielkorridors und damit um gut 1½ Prozentpunkte unterhalb des Zielpfades, den die Wirtschaftsforschungsinstitute als stabilitätsgerecht erachteten.¹⁹ Das Geldmengenwachstum, das sich bereits in der zweiten Hälfte 1997 abschwächte, entwickelt sich bisher auch in diesem Jahr nur mäßig, und dies, obwohl der Zuwachs des Geldkapitals bei den Banken mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 4½ vH in den letzten 6 Monaten ebenfalls gering ausfiel und so eher auf eine Überzeichnung der nachfragewirksamen Liquidität durch M3 hindeutet. Im Januar und Februar dieses Jahres erhöhte sich die Geldmenge M3 saisonbereinigt und auf Jahresrate hochgerechnet um nur 3,1 vH bzw. 2,8 vH gegenüber dem Durchschnittswert des vierten Quartals 1997.²⁰

Preisindex der Lebenshaltung auf Jahresbasis in Höhe von etwa 0,3 vH. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR: Jahresausblick. Deutschland 1998 – Aufschwung gefestigt, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 2/1998, S. 9.

¹⁹ Vgl. DIW; HWWA; ifo; IfW; IWH; RWI: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1996, in: *Wirtschaft im Wandel* 14/1996, S. 36 f. – Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 15/1997, S. 24 f.

²⁰ Schwer nachzuvollziehen ist daher die Aussage der Bundesbank in ihrem Monatsbericht Februar 1998 (S. 13), daß die Geldmenge M3 im Jahresdurchschnitt 1997 „aufgrund der starken Zunahme am Jahresanfang mit gut 6 % ... stärker als angestrebt gewachsen“ sei und folglich die „Liquiditätsausstattung der Wirtschaft ... also weiterhin eher reichlich“ sei.

¹⁸ Da die Mehrwertsteuererhöhung lediglich in neun Monaten dieses Jahres wirksam wird, ergibt sich ein Anstieg des

Weder das weiter gefaßte Geldmengenaggregat *M3 erweitert* noch die engeren Abgrenzungen *M1* und *M2* zeichnen ein nennenswert anderes Bild der monetären Entwicklung. Ebenfalls verhalten war die Ausweitung der Bankkredite der Geschäftsbanken. Der Verlauf der monetären Indikatoren steht in Einklang mit der Prognose einer weitgehend verhaltenen Entwicklung der diversen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageaggregate.²¹ Lediglich die Investitionen, die ihrerseits kapazitätserhöhend wirken, ziehen deutlich an. Die Exportnachfrage bleibt kräftig, der Anstieg schwächt sich jedoch ab. In den Jahren 1998 und 1999 dürfte der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes in etwa der Höhe des Anstiegs des Produktionspotentials entsprechen, so daß die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen begrenzt bleiben.

Der Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung in den neuen Ländern

In den neuen Ländern lag der Preisniveauanstieg mit 2,1 vH merklich über der westdeutschen Rate. Die Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung des Statistische Bundesamts basiert zwar auf identischen Gütern für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost. Infolge der unterschiedlich hohen Anteile der Warengruppen am Warenkorb im Basisjahr 1991 werden die einzelnen Warengruppen jedoch anders gewichtet. Dies ist der eine Grund für die divergierende Inflationsentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Der zweite Grund ist eine regionalspezifische Preisentwicklung bei einzelnen Waren bzw. Warengruppen.

So schlug sich der gesamtdeutsche Anstieg der Nahrungsmittelpreise aufgrund des höheren Gewichts im ostdeutschen Warenkorb mit 0,5 Prozentpunkten deutlich stärker in der Erhöhung des Preisindex der Lebenshaltung nieder als in Westdeutschland. Aus demselben Grund bewirkte die Erhöhung der Rezeptgebühren einen Anstieg der Lebenshaltungspreise um 0,27 Prozentpunkte gegenüber 0,12 Prozentpunkten im früheren Bundesgebiet (Warengruppe Gesundheits- und Körperpflege in Abbildung 3). Insgesamt erzeugte die Erhöhung staatlich beeinflusster administrierter Preise einen Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung um 1,3 Prozentpunkte in den neuen Ländern.

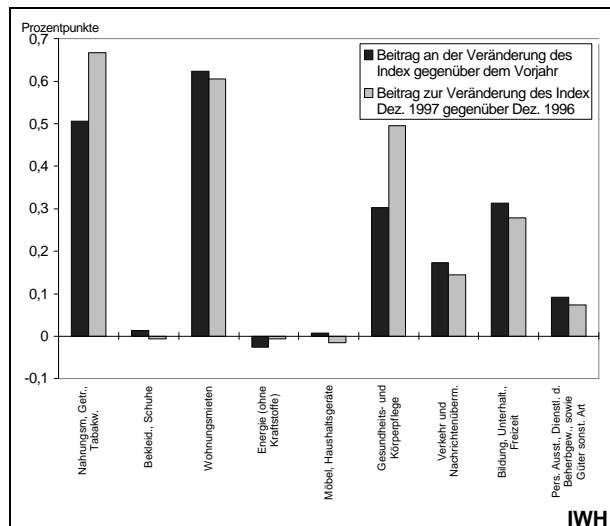
Dabei wirkten sich die administrierten Preise infolge einer kräftigen Anhebung der Mietnebenkosten (insbesondere Straßenreinigung, Müllabfuhr

²¹ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR, a.a.O.

Abbildung 3:

Beiträge einzelner Gütergruppen zum Anstieg des Preisindex der Lebenshaltung in den neuen Ländern 1997

- Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt und Dezember 1997 gegenüber Dezember 1996 (vH) -



Quelle: Statistische Bundesamt; Berechnungen des IWH.

und Abwasserbeseitigung) auch bei den Wohnungsmieten aus. Die Wohnungsmieten trugen trotz eines erheblich geringeren Gewichts am Warenkorb mit 0,62 Prozentpunkten etwas stärker zum Preisniveauanstieg bei als in Westdeutschland. Anders als in Westdeutschland sanken in den neuen Ländern demgegenüber beispielsweise die Energiepreise (ohne Kraftstoffe) und bewirkten isoliert betrachtet einen Rückgang des Preisindex. Diese regionalspezifische Entwicklung ist insbesondere auf die Preise der Fernwärme zurückzuführen, die im Vorfeld der Deregulierung des Energiemarktes und bei steigendem Preiswettbewerb deutlich nachgaben.

In diesem Jahr wird sich infolge der Beruhigung der Nahrungsmittelpreise und der ostdeutschen Mietentwicklung eine weitere Angleichung der Inflationsraten ergeben. Insbesondere infolge der Mehrwertsteuererhöhung wird der Anstieg der Lebenshaltungspreise um etwa 0,2 Prozentpunkte stärker ausfallen als die westdeutsche Rate. Zwar ist der Anteil der Güter mit ermäßigtem Steuersatz, der von der Mehrwertsteuererhöhung unberührt bleibt, am ostdeutschen Warenkorb höher, aber zugleich ist der Anteil der nicht-mehrwertsteuerpflichtigen Güter wegen des geringen Gewichts der Mieten erheblich geringer. Insgesamt dürfte sich daher die Mehrwertsteuererhöhung mit etwa 0,5 Prozentpunkten im Vormonatsvergleich und mit knapp 0,4 Prozentpunkten auf die Jahresrate des

Anstiegs der Lebenshaltungspreise niederschlagen. Nach Auslaufen des Basiseffekts der erhöhten Rezeptgebühren und des Anstiegs der Kraftstoffpreise im August, wird sich die Entwicklung der Preisindizes in Ost und West wieder stärker annähern.

Disinflation, Deflation und gesamtwirtschaftliche Stabilität

Angesichts des Trends sinkender Inflationsraten in einer Vielzahl von Industrieländern – nicht nur in der Bundesrepublik – wird in jüngerer Zeit gelegentlich eine Vokabel in die öffentliche Diskussion gebracht, die in den vergangenen Jahrzehnten nahezu in Vergessenheit geraten war: Deflation.²² Zugleich mehren sich die Stimmen jener, die die Gefahr einer Deflation negieren, auf die weiterhin positiven Preisniveausteigerungsrate verweisen und den Unterschied zwischen Disinflation, also einer Verringerung des *Preisniveauanstiegs*, und einer Deflation, also einem Rückgang des *Preisniveaus*, hervorheben.²³ So schreibt auch die Deutsche Bundesbank in ihrem Monatsbericht Februar 1998: „In Deutschland werden – ebenso wie in vielen anderen Industrieländern – sinkende, aber immer noch positive Preissteigerungsrate auf den Gütermärkten beobachtet. Hierbei handelt es sich um einen Disinflationprozeß, der nach dem weitgehenden Erreichen des Stabilitätsziels allmählich ausläuft, nicht aber um eine Deflation“ (S. 11).

Diese Definitionsunterschiede sind unstrittig. Entscheidend für die Wirkung einer Änderung der Preisniveauänderungsrate ist jedoch nicht das Vorzeichen, sondern erstens, durch welche Faktoren die veränderte Änderungsrate bewirkt wird, und zweitens, ob die Wirtschaftsakteure diese Veränderung in der Vergangenheit erwartet haben.²⁴ Eine Disin-

flation bzw. Deflation, die durch einen Rückgang der aggregierten Nachfrage ausgelöst wird, führt bei einer gewissen Rigidität der Nominallöhne zu sinkenden Unternehmensgewinnen und Produktionseinschränkungen. Sinkt das Preisniveau bzw. die Inflationsrate jedoch infolge eines Rückgangs der Produktionskosten, so geht die Deflation bzw. Disinflation nicht mit einer *direkten* Gewinnschmälerung einher und ein sich verstärkender wirtschaftlicher Einbruch ist nicht zu erwarten. Eine derartige Kostenentlastung kann beispielsweise dadurch zustande kommen, daß der Nominallohnzuwachs hinter dem Produktivitätsanstieg zurückbleibt oder die Einfuhrpreise sinken.

Aber auch wenn die Deflation bzw. Disinflation durch einen Rückgang der Produktionskosten zustandekommt, wirkt sie sich *indirekt* negativ auf die Ertragslage der Unternehmen aus, sofern letztere diese nicht erwartet haben. Eine unerwartete Disinflation bzw. Deflation erhöht die Schuldenlast der Unternehmen, wenn sich diese – wie in der Bundesrepublik allgemein üblich – zu einem festen Nominalzins verschuldet haben und ihre nominalen Erträge unerwartet niedriger ausfallen.

Die derzeitige Disinflation in der Bundesrepublik kommt in erster Linie durch sinkende Lohnstückkosten und einen positiven Angebotsschock bei den Einfuhr- und insbesondere den Rohstoffpreisen zustande. Während die Zentralbank im Falle eines negativen, preisniveauerhöhenden Angebotsschock bestrebt sein muß, eine vorübergehende Beschleunigung des Preisauftriebs auf die Zielinflationsrate zurückzuführen,²⁵ sind ihre Handlungsspielräume im Falle eines positiven Angebotsschocks vielfältiger. Statt geldpolitisch dahin zu wirken, daß sich die ursprüngliche Inflationsrate, z.B. 2 vH, nach der temporären Inflationsabschwächung wieder einstellt, kann sie den positiven Angebotsschock nutzen, um die Zielinflationsrate zu senken, ein Vorgang, der auch als „opportunistische Disinflation“ bezeichnet wird.²⁶ Die Verlautbarungen der Deutschen Bundesbank deuten darauf hin, daß sie eine derartige Absenkung der Inflationsrate an den unte-

²² Siehe beispielsweise „ROBERT REICH: Deflation, the real enemy.“ Financial Times, 15. Januar 1998. – Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung - Wirtschaftspolitische Überlegungen, in: DIW-Wochenbericht 8/1998, und GREENSPAN, A. (1998): Problems of Price Measurement. Remarks at the Annual Meeting of the American Economic Association and the American Finance Association. Chicago, Illinois, 3. Januar 1998.

²³ GREENSPAN, A., a.a.O.

²⁴ Insofern ist die ökonomische Bedeutung einer *systematischen* Unter- bzw. Überschätzung des Preisniveauanstiegs durch den Preisindex der Lebenshaltung als gering einzuschätzen. Relevanz erhält sie in erster Linie dann, wenn Einkommensgrößen, wie beispielsweise staatliche Transfers, an die Inflationsentwicklung gekoppelt werden. Eine systematische Überschätzung der Preisniveaumentwicklung durch den Preisindex der Lebenshaltung ermittelte jüngst HOFFMANN, J. (1998): Probleme der Inflationsmessung in Deutschland. Volkswirt-

schafliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank. Diskussionspapier 1/98.

²⁵ Vgl. TAYLOR, J. B., a.a.O.

²⁶ Siehe beispielsweise MULLINS, D. W. (1996): Commentary: How Should Monetary Policy Respond to Shocks While Maintaining Long-Run Price Stability – Conceptual Issues, in: Achieving Price Stability. Symposium Proceedings 1996, Federal Reserve Bank of Kansas City, Jackson Hole. Wyoming, S. 203.

ren Rand ihrer Inflationsspanne von 1,5 bis 2 vH begrüßen

würde.²⁷ Die Tatsache, daß eine Disinflation trotz Mehrwertsteuererhöhung stattfinden wird, impliziert zugleich, daß sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen überproportional erhöht, weil der von der Mehrwertsteuererhöhung ausgelöste Preisniveauschub keine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen erzeugt. Die Mehrwertsteuer wird nicht auf Exportgüter erhoben, wohl aber auf importierte Güter. Die Ausfuhrpreise dürften daher deutlich langsamer ansteigen als die Lebenshaltungspreise. Daß auch diese Entwicklung in Einklang mit den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen der Bundesbank steht, geht aus folgendem Zitat der Bundesbank hervor. „Der Schlüssel [zur Erhöhung arbeitsplatzschaffender Investitionen] sind durchgreifende Reformen und eine weiterhin moderate Lohnpolitik, die helfen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft weiter zu stärken.“²⁸ Anzumerken ist, daß eine solche exportorientierte wirtschaftspolitische Strategie in der Bundesrepublik zwar jahrzehntelang erfolgreich verfolgt wurde, aber aus rein saldenmechanischen Gründen nie für alle Länder aufgehen und daher eine beggar-my-neighbour-Politik darstellen kann.

Unabhängig von dieser internationalen Dimension der Disinflation, beeinträchtigt sie, da sie unerwartet kommt, die Signalwirkung der relativen Preise.²⁹ Diese Verunsicherung gekoppelt mit der disinflationsbedingten Erhöhung der Schuldenlast führt eher zu einer Beeinträchtigung des wirtschaftlichen Klimas. Aus der derzeitigen Entwicklung des Preisniveaus, die maßgeblich durch geldpolitische Entscheidungen der Vergangenheit beeinflusst wurde, folgt jedoch nicht, daß ein Handlungsbedarf der Bundesbank bestünde. Dies gilt um so mehr, als im Vorfeld der Europäischen Währungsunion eine national ausgerichtete Geldpolitik nicht mehr möglich ist. Die konjunkturelle Entwicklung hat sich mittlerweile nicht nur in der Bundesrepublik, sondern im gesamten künftigen EWU-Raum gefestigt, so daß es weder aus deutscher noch aus EWU-Sicht bei weitgehend unverändertem Wechselkursgefüge einen Anlaß für eine geldpolitische Lockerung gibt.

Silke Tober

(sit@iwh.uni-halle.de)

Politische Optionen der Nutzung erneuerbarer Energien: Das Beispiel Windenergienutzung